

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Der Volksfreund. 1901-1932 1919**

298 (22.12.1919)

# Volkstfreund

## Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens.

Bezugspreis: Abgeholt 1.60 M. durch unsere Träger zugestellt 1.70 M. am Postkasseler 1.75 M. durch den Postboten zugestellt 1.90 M. monatlich vorauszahlbar. Bei vierteljährlichem Bezug jeweils der dreifache Betrag

Ausgabe: Montag mittags; Geschäftszeit: 1/2-1/2 und 2-1/2 Uhr abends. Fernspr.: Geschäftsstelle Nr. 128; Redaktion Nr. 481.

Anzeigen: Die 7. post. Kolonialzettel od. deren Raum 80 J., Reklamen 1.-M. zuzüglich 80 % Feuerungszuschlag; Lokalanzeigen billiger. Bei Wiederholungen Rabatt. Annahmefrist 1/2 Vorm. für aröß. Aufträge nachm. zuvor

### Konservative Hege gegen den Reichspräsidenten.

In besonders hässlicher Weise beteiligte sich die „Süddeutsche konservative Korrespondenz“ an der Hege gegen den Reichspräsidenten und seine Familie. Nachdem sie die zunächst von Herrn Grodowski in dem „Neuen Deutschland“ zur Charakterisierung dieser Hege wiedergegebenen albernen Erfindungen ablehnt, geht sie dazu über, mehr oder minder deutlich zu sagen und anzudeuten, daß die deutschen Minister und Ministerpräsidenten Fremdwörter falsch schreiben und aussprechen, daß der Reichspräsident das Wort „Republik“ falsch schreibe, weil er nicht wisse, daß es von res publica kommt, daß Briefe, Verordnungen usw. auf Orthographie und stilgerechte Form untersucht werden müssen. Auch hier, wie bei den übrigen Wägen über den Reichspräsidenten und seine Familie handelt es sich natürlich um reine Erfindung und das Niveau der „Süddeutschen konservativen Korrespondenz“ wird dadurch nicht besser, daß sie am Eingang ihres Artikels die persönliche Hege, die sie selber treibt, scheinheilig vertritt.

Die Konservativen waren gewiß immer starke und heftige Gegner gegen alle, die ihre Interessen kreuzten. Aber ein solches haben sie im Kampfe wenigstens noch Charakter bewahrt und sich von den Mitteln der niedrigen und hässlichen Schmähjagd ferngehalten. Inzwischen sind jedoch die Konservativen in ihrer politischen Moral so tief gesunken, daß ihnen heute auch die traurigsten Mittel zur Bekämpfung und Verleumdung des politischen Gegners nicht mehr anständig erscheinen. Ein besonders widerwärtiger Tritt dieser konservativen Hegepostel ist Herr Adam Wöber hier in Karlsruhe, der Herausgeber der „Süddeutschen konservativen Korrespondenz“. Dabei hat der reaktionäre Helfershelfer noch nicht einmal den Mut, seine Schmähungen auch offen auszusprechen, sondern sie in heuchlerischen Verbrämungen zu kleiden. Daß durch die feivole Hege gegen den Reichspräsidenten auch das Ansehen Deutschlands geschädigt wird, ist natürlich solchen Hegeposteln gleichgültig, die Hauptsache ist ihnen, daß die Sozialdemokratie verleumdet und beschmutzt wird und die Republik herunterwürdiget werden kann. Die Auftraggeber im dunklen Hintergrunde verlangen es so und ein Journalist von der Qualität eines Adam Wöber ist ein treuer Feind im Dienste der reaktionären Auftraggeber. Mag auch das Reich geschädigt werden, ein Versuch wie er, was macht sich der daraus.

### Eine fürstliche Abfindung.

Im mecklenburgischen Landtag hat eine bürgerliche Mehrheit gegen die Stimmen der Sozialdemokraten einem Vertrag zwischen dem Freistaat Mecklenburg-Schwerin und dem ehemaligen Landesherren zugestimmt, der dem einstigen Großherzog außer dem Witwenrenten noch folgende Summe zubilligt: vier Güter im Werte von wenigstens 2.122.500 M., ferner 1.425.570 Hektar Forsten, eine große Anzahl Grundstücke, ein Schloss mit der entsprechenden Zahl von Nebengebäuden, Gärten usw., ein Palais mit entsprechendem räumlichen Zubehör, drei Sommerwohnungen mit Nebengebäuden, ein „Kavalier“ gehöft und dazu das nette Stämmchen von 6 Millionen in bar. Ein feines Geschäft, Großherzog zu sein und abhandeln zu müssen...

### Neue Enthüllungen.

Berlin, 21. Dez. (Privattelegramm.) Der „Berl. Lokal-Anzeiger“ gibt einen von der „Wiener Allgemeinen Zeitung“ abgedruckten Artikel aus einem in den nächsten Tagen erscheinenden Buche des Oberleutnants Emil Seliger wieder, der während des Krieges Pressereferent der österreichisch-ungarischen Marineaktion war. In diesem Buche, das unter dem Titel „Hörsendoff, der Retter Berlins“, und andere Enthüllungen, herauskommt, wird auch von einer Audienz des Grafen Zepelin bei Kaiser Wilhelm im Herbst 1915 berichtet, bei der Graf Zepelin allein von einem Massenmord seiner Geschwader gegen London, das er völkerverstößlich nicht als offene Stadt ansah, eine entscheidende Einwirkung auf England erhoffte. Der Kaiser sagte: „Sie haben sich jetzt schon über 2000 Menschen getötet. Wie viel Leben wollen Sie denn noch vernichten?“ Zepelin erwiderte: Majestät, es handelt sich um Deutschland! Der Kaiser antwortete dem Grafen Zepelin: „Sie werden die Heringsangriffe auf London nicht durchführen. Es ist hinreichend, wie bisher die militärischen Objekte der englischen Hauptstadt zu bewachen.“ Die Audienz war damit zu Ende.

### Ein Engländer über Deutschlands Zahlungsfähigkeit.

Amsterdam, 22. Dez. Der unlängst von einem Besuche Deutschlands nach England zurückgekehrte Herausgeber des „Statist“ und Finanzberaters der englischen Regierung Sir George Paich schreibt in der internationalen Revue, daß die Zahlungen Deutschlands an Frankreich und Italien nicht vor einem Jahre erfolgen können. Es sei nutzlos, darauf zu warten. In Deutschland fehle Alles: Kleidung, Lebensmittel, Brennstoffe, Geld und Kredit. Eine Umwälzung in Deutschland werde auch Frankreich und Italien, ja sogar England vernichten. Um Frankreich wieder herzustellen, müsse man Deutschland wieder herstellen. Die Gefahr des Wiederaufstehens des Militarismus in Deutschland bestehe nicht.

### Vertagung des Genfer Kongresses.

Das Antwerpener Sozialistenblatt „Volksgesetz“, welches in nahen Verbindungen zu dem Sekretär der zweiten Internationale Familie Sunnans steht, hat auch Abgeordnete für die Stadt Antwerpen ist, berichtet, daß der für Februar 1920 geplante internationale Sozialistenkongress in Genf auf Wunsch verschiedener Sektionen der Internationale wahrscheinlich verschoben werden soll. Das Blatt hält es für möglich, daß der Kongress erst im August 1920 stattfinden wird.

### Groß-Berliner Sozialdemokratie zur politischen Situation.

Berlin, 22. Dez. In einer von dem Bezirksverband Groß-Berlin der sozialdemokratischen Partei einberufenen Agitationskonferenz kam es zu lebhaften Erörterungen. Die Konferenz beschloß nahezu einstimmig, der in einer Denkschrift niedergelegten Ansicht über den Rücktritt Koslows sich nicht anzuschließen. Einstimmig wurde dann noch eine Resolution angenommen, nach der in dem Vorgehen der Entente in den besetzten Gebieten ein neuer Beweis dafür gesehen wird, daß die kapitalistischen Regierungen der feindlichen Länder die völlige Vernichtung und Verflämung Deutschlands beabsichtigen. Der Bevölkerung des Rheinlands wird volle Sympathie ausgesprochen und gleichzeitig die Erwartung ausgesprochen, daß die Sozialisten der Entente-Länder alles tun, um ihre Regierungen zu zwingen, daß der Berliner Friedensvertrag nach den Grundzügen des Selbstbestimmungsrechts der Völker revidiert werde.

### Der Ausverkauf Deutschlands.

Berlin, 22. Dez. Den „Politisch-Parlamentarischen Nachrichten“ wird aus Köln gemeldet, daß von einem englischen Konfession des Kaufhaus Germania, früher Picadilly, für mehr als vier Millionen Mark gekauft worden ist. Ebenso wird über den Verkauf des Palladium-Baus verhandelt. Auch eine belgische Gesellschaft beabsichtigt das Colosseum für vier Millionen Mark zu kaufen. Diese Gebäude sollen zu Handelsbezugs-Verkehrsbahnen umgebaut werden.

### 20 Millionen Menschen vor dem Hungertode.

Berlin, 22. Dez. Dem „Berliner Tagblatt“ wird gemeldet, daß die von dem ehemaligen Leiter der alliierten Hilfskommission in Europa Hoover gemachten Vorschläge für die Ernährung der unter der Hungersnot leidenden Gebiete Europas dahin gehe, die großen Ueberschüsse an Weizen und Mehl unter der Bevölkerung Oesterreichs, Bulgariens, Finnlands usw., Deutschland ausgenommen, zu verteilen. Er machte darauf aufmerksam, daß, wenn nicht bald Hilfe käme, an die 20 Millionen Menschen in Mitteleuropa verhungerten.

### Lord Cecil für einen raschen Frieden.

Rotterdam, 22. Dez. Aus dem englischen Unterhaus wird berichtet: Lord Cecil sagte: Der Friede müsse sobald wie möglich in Kraft treten. Der Fall der jetzigen deutschen Regierung würde nur zu drei Dingen führen können, und zwar zum vollkommenen Chaos, oder zu einer Regierung der äußersten Linken, oder zu einer militärischen Reaktion. Cecil drang auf rasche Wiederherstellung der diplomatischen Beziehungen mit Rußland. Lord George sagte noch: Bei der heutigen Lage in Europa müsse England dafür sorgen, daß es gesund bleibt. Davon hänge die Zukunft der gesamten Zivilisation ab. — Dem „Telegraph“ zufolge erklärte Lord George in Bezug auf den Völkerverbund, er zweifle nicht daran, daß Amerika Mitglied des Bundes werde. Lord George führte aus: Ohne im geringsten eine Vermutung darüber zu äußern, was Amerika tut oder vielmehr tun wird, muß ich doch erklären, daß der Völkerverbund von so großer Wichtigkeit für den Frieden des unruhigen Europas ist, daß die Regierung überzeugt ist, daß England auf jeden Fall auf dem Wege des Völkerverbundes weiter gehen wird.

### Die Kosten des Wiederaufbaus.

Berlin, 21. Dez. Gadow meldet, die von Vauclair für den Wiederaufbau der zerstörten Gebiete geforderte Summe von 65 Milliarden Franken habe sich als völlig ungenügend erwiesen.

### England will auf der Aufrüstung beharren.

London, 21. Dez. „Daily Mail“ schreibt: Lord George und seine Kollegen hätten ihren Standpunkt in Bezug auf den Kaiserprozess nicht geändert. Auch die übrigen Deutschen, die England gegenüber die Kriegsverleugung zur See verlegt hätten, würden sich dafür in England verantworten müssen.

### Kessel aus der Haft entlassen.

Berlin, 21. Dez. Hauptmann von Kessel ist aus der Haft entlassen worden. Diese Maßregel wird in weiten Kreisen nicht verstanden werden. Auch wir wollen mit unserem Unwillen nicht zurückhalten.

### Drohender Zeitungsscherzstreik in Belgien.

Brüssel, 22. Dez. Eine Brüsseler Depesche der „Daily Mail“ besagt, daß ganz Belgien von einem Zeitungsscherzstreik bedroht werde. Die Maschinenmacher und Maschinisten fordern eine Lohnerhöhung von 35 Prozent, wogegen die Direktoren nur eine solche von 16 Prozent zugesprochen wollen, die aber von den Arbeitern abgelehnt wurde.

### Friedensvertrag auf neue Grundlage stellen.

Berlin, 22. Dez. In der „Deutschen Wg. Ztg.“ wird gesagt: Es ist keine Frage, daß wir heute, knapp vor dem Inkrafttreten des Friedensvertrages noch einmal vor der Möglichkeit stehen, diesen Vertrag auf eine neue geistige Grundlage zu stellen. Wenn der Gedanke der Gemeinschaftlichkeit siegt, wenn die Ideale der Arbeitsgemeinschaft sich durchsetzen, dann ist dieses Ergebnis auch mit der schmerzlichen Abgabe nicht zu teuer bezahlt. Im übrigen wird die deutsche Regierung alles daran setzen, wirklich Schuldige zu bestrafen. Der Kriegsmaterialien der Entente muß die Grundlage zu dem schärfsten Vorgehen bilden und die Ankläger der Entente müssen jede Möglichkeit bekommen, die Interessen und Ansparungen ihrer Länder zu vertreten. Was darüber ist, das ist vom Uebel. Noch einmal steht die Frage zur Diskussion: Gemeinsamer Aufbau oder gemeinsamer Untergang. Es geht um Deutschland nicht allein, es geht um Europa.

### Um den deutschen Einheitsstaat.

Die Mehrheitsparteien der preussischen Landesversammlung, Sozialdemokratie, Demokratie und Zentrum, hatten an die Reichsregierung und die Regierungen der nichtpreussischen Einzelstaaten einen Aufruf gerichtet, der zur Errichtung der deutschen Einheitsrepublik auffordert. Der Antrag hat u. a. diesen Wortlaut:

„Nach der Reichsverfassung sind die Grundlagen für den deutschen Einheitsstaat derart geschaffen worden, daß seine Errichtung nur eine Frage der Zeit, der langameren oder schnelleren Entwicklung ist. Die unachtereute Not, in der sich das deutsche Volk befindet, die trostlose finanzielle und wirtschaftliche Lage des Reiches, die der Länder und Gemeinden, die ständig wachsenden Schwerezeiten und Hemmnisse, die das Leben einander von Reichsregierung und zahlreichen Landesregierungen zur Folge hat, lassen den Versuch geboten erscheinen, die Zusammenfassung aller Völkertreue in einem Einheitsstaat so bald als möglich herbeizuführen. Preußen ist im Begriff, sich eine Verfassung zu geben. Als das größte der deutschen Länder erblickt Preußen seine Pflicht darin, zunächst den Versuch zu machen, ob sich nicht bereits jetzt die Schaffung des deutschen Einheitsstaates erreichen läßt. Aus diesen Erwägungen heraus ersucht die Landesversammlung die Staatsregierung, sofort und nach vor Einbringung der endgültigen Verfassung bei der Reichsregierung und den Regierungen aller deutscher Länder dahin zu wirken, daß sie über die baldige Errichtung des deutschen Einheitsstaates in Verhandlungen eintreten.“

Dieser Antrag ist auch in namentlicher Abstimmung mit 210 gegen 82 Stimmen angenommen worden. Auf dem Parteitag der Sozialdemokratie in Weimar ist folgender Antrag angenommen worden:

Der Parteitag spricht sich mit aller Entschiedenheit für die Schaffung der deutschen Einheitsrepublik aus und fordert die Parteienossen in der Regierung, in der Nationalversammlung und im ganzen Reich auf, allen partikularen Tendenzen wirksam entgegenzutreten. Die freihetliche Entwicklung Deutschlands wird erst gesichert, wenn die Ueberwindung der Reichs- und Bundesstaaten überwunden sein wird.

Die Wirkungen des Krieges müssen zu einer Vereinfachung und damit zur Vereinfachung der Verwaltung führen. Aus dem einheitlichen deutschen Wirtschaftsgebiet muß auch das einheitlich geschlossene deutsche Staatswesen erwachsen.

Der Aufruf, der von der preussischen Landesversammlung gefordert wird, ist sehr zu begrüßen, obgleich es besser gewesen wäre, wenn der Wille, der in ihm zum Ausdruck kommt, gleich bei Beginn unserer Staatsumwälzung im Herbst vorigen Jahres die Fäden ergriffen hätte. Seit jener Zeit sind für die Verwirklichung der deutschen Einheitsrepublik manche neue Hindernisse geschaffen worden.

Die Reichsverfassung, obgleich ein Kompromiß einzelstaatlicher und bundesstaatlicher Bestrebungen, bringt einen so großen Schritt auf dem Wege zum Einheitsstaat, daß die Erreichung des Ziels nur noch eine Frage absehbarer Zeit sein kann. Den Ländern werden die Grundlinien ihrer Verfassung vorgezeichnet. Für die Schul- und Kirchengesetzgebung, bisher die sichere Domäne des Einzelstaates, werden von Reichswegen Richtlinien aufgestellt. Post, Eisenbahnen, Wasserstraßen gehen reiflos in die Reichsverwaltung über. Die Tätigkeit einzelstaatlicher Handelsministerien und Arbeitsministerien findet durch das Reichswirtschaftsamt und das Reichsarbeitsamt enge Begrenzung. Das Vorecht des Reiches auf alle Steuerquellen wird anerkannt, die neue Reichseinkommensteuer beruht das bisherige finanzielle Verhältnis und macht, wie es eigentlich schon Bismarck wollte, die Länder zu Kostgängern des Reiches.

Auf Grund des Selbstbestimmungsrechts soll nach Ablauf von zwei Jahren seit Inkrafttreten der Verfassung (somit die Vereinigung mehrerer kleiner Länder zu einem größeren wie die Vereinigung größerer Länder zu mehreren kleineren möglich sein. Preußen soll im Reichsrat, um sein Ueberwiegen zu verhindern, durch nicht mehr als 1/3 der Mitglieder vertreten sein. Von diesen zwei Fünfteln soll aber wieder nur die Hälfte von der preussischen Regierung, die andere Hälfte von den preussischen Provinzialverwaltungen entsendet werden.

Die Absicht ist vollkommen klar, und das Bild des neuen Deutschlands, wie es im Werden ist, tritt in deutlichen Zügen hervor.

Die preussischen Mehrheitsparteien sehen diesen Entwicklungsprozess voraus und richten an die maßgebenden Faktoren des deutschen Volkes den Ruf, ihn abzukürzen. Sie werden wohl nicht übersehen haben, daß das Wichtigste, das für diese Abkürzung geschehen kann, von Preußen selbst getan werden muß.

Die Errichtung des deutschen Einheitsstaates soll nun keineswegs eine Ueberspannung des zentralistischen Prinzips mit sich bringen. Die Zusammenlegung kleiner Länder zu größeren bedeutet nicht eine Verminderung, sondern eine Vermehrung ihrer Fähigkeit zu demokratischer Selbstverwaltung. Genau daselbe gilt aber auch für die Bergliederung Preußens, sie nimmt den verschiedenen deutschen Stämmen, die durch die dynastische Politik der Vergangenheit in einen Staatsverband zusammengefaßt wurden, nichts von ihrer Selbstständigkeit, sie stellt diese Selbstständigkeit, soweit sie überhaupt noch möglich ist, erst wieder her. Das Reich war bisher und ist es bis zu einem gewissen Grade heute noch, doppelt zentralistisch: nämlich deutsch-zentralistisch und preussisch-zentralistisch. Wenn von diesen beiden Zentralismen der eine, der preussische, wegeräumt wird, so kann die kulturelle Selbstständigkeit der geo-

graphisch zusammenhängenden Verwaltungsgebiete und der ethnographisch zusammengehörenden Volksstämme dabei nur gewinnen.

Bemerkenswert ist nun, wie der preussische Ministerpräsident Hirth und der Minister des Innern Heine zu dem eingangs erwähnten Antrage der Mehrheitsparteien im Landtage sich äußerten. Ministerpräsident Hirth führte u. a. aus:

„Dem Antrag auf Einführung des Einheitsstaates stehen Schwierigkeiten entgegen. Der gegenwärtige Augenblick ist nicht günstig. (Hört! hört! rechts.) Preußen hat keine Vorrechte, auf die es nicht verzichten könnte. Die anderen Länder leisten bisher aber dem Einheitsstaate Widerstand. Die Landesversammlung ist in erster Linie dazu da, Preußen die Verfassung zu geben. Die Landesversammlung möge sich durch die Annahme des Beschlusses für diese Arbeit nicht die Hände binden. (Anhaltende Bewegung. Große Unruhe links.) Später werden wir auf die Anregung zurückkommen. Eine Annexion Thüringens durch Preußen kommt selbstverständlich nicht in Frage.“

Minister Heine sagte u. a.:

„Der Antrag für den Einheitsstaat bedeutet keine Verschleppung des Verfassungswerkes; er wird bei der Reichsregierung schon seine Wirkung tun. Wenn Deutschland zu einem neuen wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Leben erweckt werden will, so kann das nicht ohne Preußen oder gar gegen Preußen geschehen. Im vollen Einverständnis mit meiner Fraktion protestiere ich gegen jeden Plan, Preußen in seine leitungsunfähige, lokale Republiken zu zerlegen. Der Staat soll sich nicht auflösen in eine Reihe von Dorf- und Stadtrepubliken, deshalb muß die Zentralbehörde die Aufsicht über die lokale Selbstverwaltung in der Hand behalten. Preußen wird seine Verwaltung reorganisieren und die anderen Staaten werden ihm darin folgen müssen. Dann wird der Einheitsstaat nicht nur auf dem Papier stehen bleiben.“

Scharf hat sich Genosse Braun (Münchberg) in der Nationalversammlung bei Beratung des Reichsnachtrages über die Reichseinheit ausgesprochen. Er führte aus:

„Die Reichsabgabenordnung zeigt uns, daß nachdem die Kämpfe zwischen den Gliedstaaten und der deutschen Republik in der Verfassung abgeklungen zu sein scheinen, wir gleich einen Riesenschritt zur Vereinheitlichung des Reiches zu machen haben. Man sieht, wie schnell wir marschieren, wenn man auch im Volke sehr häufig meint, daß wir einen schleppenden Gang gehen. Eben erst ist die Reichsverfassung angenommen und schon machen wir mit der Reichsabgabenordnung einen siebenmilenweitigen Schritt zur Reichseinheit über die Bestimmungen der Reichsverfassung hinweg, trotz aller gegen die Reichsverfassung wegen ihres unitarischen Charakters erhobenen Einwendungen.“

Es ist heute keine Zeit zu romantischen Erwägungen und sentimentalen Leichenreden über die Gliedstaaten; aber man kann doch sagen, daß einige gewichtige Stützpunkte des „heiligen römischen Reiches deutscher Nation“ weggefallen sind, indem wir in dieser Reichsabgabenordnung die Steuerhoheit des Reiches und die Steuerverwaltung des Reiches durchzuführen. Wenn der bayerische Staat bei Erörterung der Reichsverfassung ununterbrochen gesagt hat, daß mit ihm vereinbart werden müsse, so sind das staatsrechtliche Prinzipien, die aus der Atmosphäre des Regensburger Reichstages von 1763 stammen. Heute müssen wir aus Gründen der inneren und äußeren Politik, vor allem aus Gründen unserer Finanzpolitik, aus der Notwendigkeit weitestgehender Sparmaßnahmen endlich daran denken, möglichst viel zu vereinheitlichen.“

In den „Gesprächen mit Eckermann“ sagt Goethe im Dezember 1830: „Wir haben keinen Staat, wir haben nicht einmal ein Land, von dem wir entschieden sagen können: hier ist Deutschland. Fragen wir in Wien, so heißt es: Hier ist Österreich. Fragen wir in Berlin, so heißt es: Hier ist Preußen. Bloß vor 16 Jahren, als wir endlich die Franzosen los sein wollten, war Deutschland überall.“

Heute müssen wir unter genau ähnlichen Verhältnissen wie in der Zeit der Befreiungskriege das Gefühl haben, daß wir nur bestehen können, daß wir bloß dann die Schwierigkeiten unserer Zeit überdauern können, wenn wir die gesamten Kräfte unseres Volkes zu einem einheitlichen Willen zusammenschließen.

Für uns muß entsprechend der demokratischen Forderungen unserer Zeit ein Zentraler weitester Opferfreudigkeit für das Reich, ein Zentraler allgemeiner Hingabe an das allgemeine Beste beginnen.“

Inser Münchener Parteiorgan, die Münchener „Post“ hatte einen Artikel eines Genossen veröffentlicht, der lebhaft für den Einheitsstaat eintrat. Nun schreibt unser Münchener Parteiorgan:

### Die Schicksalsmaus.

Eine Erzählung von Tieren und Menschen von Harald Tandrup.

„Wie fürchterlich!“ rief Andersen. „Warum er das wohl tut? Na, wenn er noch auf dem Lande wäre, wo es Vieh und Acker gibt — aber hier wo nichts als Menschen, Pflastersteine und Läden zu sehen sind.“  
„Nun, die Läden, Andersen, die sind doch schließlich ganz hübsch.“  
„Hinden Sei wirklich? Ich weiß nicht, wie das kommt, aber mir haben die Läden in Varde viel besser gefallen. Sie waren zwar nicht so groß, aber viel, viel gemütlicher, hier weiß man vor lauter Sachen gar nicht, was man kaufen soll.“  
„Ich beneide Sie oft, Andersen.“ begann Maren nach einer kurzen Pause. „Sie können doch wieder fort, wenn Sie wollen.“  
„Wie meinen Sie das?“  
„Sie können zu Ihrem alten Meister zurück.“  
„Ich nein, Jungfer.“  
„Aber haben Sie denn nicht gesagt, er warte auf Sie?“  
„Gewiß, das tut er auch, Jungfer Larsen; Sie dürfen ja nicht glauben, daß ich lüge. Aber fort kann ich trotzdem nicht.“  
„Warum?“  
„Ich kann nicht von Ihnen fort, Jungfer Larsen! So — jetzt wissen Sie es.“  
Maren wurde dunkelrot und wendete sich ab.  
„Solche Späße sollten Sie nicht machen, Andersen.“ sagte sie.  
„Ach — Späße? Wie können Sie so etwas sagen, Jungfer! Ich habe es Ihnen noch nie zu gestehen gewagt, aber jetzt habe ich es gesagt und nehme es nicht mehr zurück. Ich habe Sie lieb, Jungfer Larsen, ob Sie es nun wollen oder nicht. Wohl weiß ich, daß ich das auf eine andere Weise sagen sollte — Sie dürfen ja nicht glauben, ich sei so ungebildet, daß ich nicht wisse, was sich gehört. Wenn es ganz richtig sein sollte, hätte ich einen Blumen-

So stürmisch, wie der begeisterte Einheitsvorsetzler wünschte, darf die Sache doch nicht angefaßt werden. Die alten Meierzeit- und Hobeisrechte sind abgetan. Die Reichsverfassung hat den Bundesstaaten so gut wie alle Sorgen des Staatslebens abgenommen, was ihnen lieb sein ist. Das Recht, im eigenen Hause sich nach eigenem Empfinden aus beste einzurichten, ohne erst in Berlin zu fragen, ob erlaubt ist, dieses Recht ist zu wertvoll, als daß wir es schlangenhaut lassen müßten, um nicht partikularistische Kleinkrämerie verdächtigt zu werden. Die politischen und parlamentarischen Vorgänge der letzten Zeit sind nicht danach, das Bedenken zu zerstreuen, daß das Aufgehen der Bundesstaaten in einer verfassungsmäßig allgemein festzulegenden Reichsheit, den in Berlin im Schwange gehenden Zentralisierungsbestrebungen Tür und Tor öffnen würde. Der „Wasserkopf“ Berlin ist für die Entwicklung eines alle Teile des Reichs gleichmäßig befruchtenden politischen und wirtschaftlichen Lebens eine Gefahr, um so größer, als selbst die gegenwärtige Reichsregierung, ungeachtet der von den Landtagen der Einzelstaaten ausgehenden politischen Hemmungen, unermüdet oder nicht, sich diesem ungeheuren Einfluß nicht zu entziehen vermag. Berlin übt durch seine Einwohnerzahl von 4 Millionen, seine wirtschaftlichen und finanziellen Organisationen auf die geistigen und physischen Ströme des deutschen Kulturlebens eine Anziehung ohne Gleichen aus. Im Kampfe ums Dasein ist dort kostbarer, fruchtbarer Drang nach materiellen Erfolgen und Gütern oberes Gesetz. Bekleidetheit und seelische Gesundheit ein sich bitter rächendes Nebel. Dieser ungeheure Sognapf an unserem Leibe droht heute schon die besten Kräfte des Landes an sich zu ziehen, die großen deutschen Städte, der Ruhm und Stolz der Nation, werden blutleer. Wie erit, wenn an Stelle der heutigen, auch im Rahmen der neuen Verfassung immer noch selbständigen Bundesstaaten ein Staat, ein Gesetz, eine Regierung träten mit dem Sitze in Berlin!

Die sozialdemokratische Fraktion der Nationalversammlung hat sich in eingehender Beratung mit dem Vorstoß der Mehrheitsparteien der preussischen Landesversammlung für Errichtung der deutschen Einheitsrepublik beschäftigt. Es sprachen Genossen aus dem Rheinlande und aus dem Osten, von der Wasserante, aus Bayern und aus Schwaben. Alle waren sie einig in dem Willen zur Unterstützung jeder Aktion für den deutschen Einheitsstaat.

Es wurde einstimmig folgende Entschließung angenommen:

„Die sozialdemokratische Fraktion begrüßt die Initiative, die die Mehrheitsparteien der preussischen Landesversammlung ergriffen haben, um auf die Einheitlichkeit des Reiches hinzuwirken. Die sozialdemokratische Fraktion der Nationalversammlung wird mit allen Kräften das gleiche Ziel fördern.“

Unser Münchener Parteiorgan schreibt über die Fraktionsbildung: Auch deutsche und süddeutsche Genossen, die vor einem halben Jahre der Bewegung für den Einheitsstaat noch sehr skeptisch gegenüberstanden, haben ihre Auffassung geändert, nachdem das Reich die Verwaltungstätigkeit der Länder durch die deutsche Reichsverfassung, durch die Steuererhebung, durch die Auflösung der Kriegsministerien, der Ernennungsmöglichkeiten und der Außenministerien immer mehr ausgeübt hat. Besonders nachdrücklich wurde auch von bayerischen Genossen für baldige Vereinheitlichung Deutschlands gesprochen. Die Bevölkerungsschichten Bayerns, die noch partikularistisch dachten, seien keinesfalls Arbeiter. Die bayerischen Arbeiter seien so gut wie geschlossen für den Einheitsstaat.

### Sachsen und der deutsche Einheitsstaat.

Dresden, 22. Dez. Die Wolffsche sächsische Landesblattsmittel, hat auf Ersuchen von Vertretern der Presse der sächsischen Landesversammlung verhandelt den Antrag zur Durchführung des deutschen Einheitsstaates u. a. erklärt: Mit dem preussischen Ministerpräsidenten stimme ich durchaus darin überein, daß die gegenwärtige Zeit für die Einbringung eines so wichtigen Antrages nicht günstig ist. Vor einigen Monaten ist die neue Reichsverfassung verabschiedet worden. Irgeend welche zwingende Gründe für eine Wiederaufrufung der Verfassungsfrage vermag ich nicht zu erkennen. Die in Süddeutschland gegen Berlin bestehende Verklammerung sollte doch um so mehr Anlaß zur Zurückhaltung geben, da man weiß, wie sehr die Leute Clemenceaus, die in München eine besondere Gelandschaft zu errichten wünscht sind, jede Gelegenheit ausnützen, um Gegensätze zwischen dem deutschen Süden und Norden hervorzuheben. In Sachsen wird nach wie vor unser Wahlpruch sein: Des Reiches Gebeihen ist unser höchstes Gesetz, aber das Reich kann nur gelingen,

wenn seinen Teilen die Lebensfähigkeit und Lebensfähigkeit gelassen ist.

### Meinungen und die thüringische Staatsgemeinschaft.

Weimar, 22. Dez. Der Volkstrot von Thüringen hat den vom Weiminger Landtag in seiner Denkschrift vom 12. Dezember gestellten Bedingungen über den Eintritt Meiningens in die thüringische Staatsgemeinschaft einmütig zugestimmt und zugleich beschlossen, eine Kommission einzusetzen, die die Beziehungen zum Reich regeln soll und erneut Verhandlungen mit Preußen in die Wege zu leiten zwecks Aufnahme preussischer Gebietsteile in die thüringische Staatsgemeinschaft. Durch den Beitritt Meiningens zur thüringischen Staatsgemeinschaft ist nunmehr der Zusammenschluß aller thüringischen Gliedstaaten mit Ausnahme Korburs, das in Bayern aufgeht, erfolgt.

### Auch die Dresdener Gastwirte wollen streiken.

Dresden, 22. Dez. Eine Protestversammlung der Gastwirte Hotelbesitzer und Kaffeehausbesitzer faßte eine Entschließung, in der der Streik zum 5. Januar angekündigt wird, falls bis zum 30. Dezember die Vorschriften des Buchergesetzes nicht aufgehoben sind. Die gleichfalls anwesenden Arbeitnehmer gaben die Erklärung ab, in einer besonderen Erklärung in der Nacht des 23. Dezember zu dem gleichen Gesetz Stellung nehmen zu wollen.

### Stellung der Länder zu der Beamtenbefolungsfrage.

Der Vorschlag der Reichsregierung, im Wege der Gesetzgebung den Ländern und Gemeinden das Recht, die Besoldung ihrer Beamten zu erhöhen, bis zum 31. März 1920 zu sperren, hat nicht die Zustimmung des Reichsrats gefunden. Insbesondere war auch die Preussische Regierung nicht geneigt, einer solchen Beschränkung der Rechte der Gemeinden zuzustimmen. Da jedoch infolge der umfangreichen Organisationsänderungen, die bevorstehen, die Berechtigung einer derartigen Maßnahme bis zu einem gewissen Grade anzuerkennen ist, soll, wie die „R. P. N.“ an zuständiger Stelle erfahren, versucht werden, den beabsichtigten Zweck durch eine Vereinbarung zwischen Reich und Ländern zu erreichen, doch kann es als ausgeschlossen gelten, daß sich diese Verhandlungen auch auf die Gemeinden erstrecken wird.

### Um das Betriebsrätegesetz.

Die „R. P. N.“ erfahren aus parlamentarischen Kreisen, nachdem es sich herausgestellt hatte, daß es aus technischen Gründen tatsächlich unmöglich sei, sowohl das Umstufungsgesetz als auch das Betriebsrätegesetz vor dem Eintritt in die Reichsnachtragsrat der Nationalversammlung zu erledigen, hätten die Beratungen über das Betriebsrätegesetz erst mit dem ursprünglich für den 3. Februar 1920 festgesetzten Wiederaufmentritt der Nationalversammlung beginnen können. In Besprechungen zwischen den Fraktionsvorständen der drei Mehrheitsparteien drangen jedoch die Führer der Mehrheitsfraktionen sehr energisch darauf, daß das Betriebsrätegesetz vor diesem späten Termin in Angriff genommen werde. Es gelang ihnen, die Führer der zwei anderen Koalitionsparteien davon zu überzeugen, daß man die Arbeiterkraft nicht unter dem Eindruck lassen dürfe, als wollten die bürgerlichen Parteien diese große soziale Reform verschleppen. Schließlich wurde der von den Sozialdemokraten vorgeschlagene Termin vom 13. Januar auch von dem Zentrum und den Demokraten angenommen.

### Reichsarbeiterrat.

Berlin, 22. Dez. Am „Vorwärts“ wird zu der dieser Tage mitgeteilten Verordnung über einen vorbereitenden Reichsarbeiterratsrat Stellung genommen und gesagt: Ein Reichsarbeiterrat würde die erste öffentlich rechtliche Interessenvertretung der gesamten deutschen Arbeiterschaft sein. Mit seiner Errichtung würde der bisher auf diesem Gebiete herrschenden Imparität ein Ende gesetzt. Die Arbeiter und Angestellten würden endlich eine Vertretung erhalten, der ihre Wünsche und Beschwerden ohne Rücksicht auf Parteiangehörungen, Richtungsunterschiede oder Verbandzugehörigkeit unterbreiten können.

### Der neue Generalkommissar in Elsaß.

Die „R. P. N.“ erfahren aus Straßburg, daß man dort mit dem Rücktritt Millerands als Generalkommissar Frankreichs für Januar rechnet. Er soll als Nachfolger Clemenceaus aussersehen sein. Sein Nachfolger in Straßburg soll kein Politiker, sondern ein Verwaltungsbeamter werden, wahrscheinlich ein Abkömmling einer eltsässischen Familie.

frau mitbringen und vor Ihnen auf die Knie fallen müssen. Aber wissen Sie, Jungfer Larsen, Blumen sind jetzt um Weihnachten so teuer.“  
„Prüfend schaute Maren ihn an.“  
„Meinetwegen mag das mit den Blumen sein wie es will, Andersen.“ sagte sie, „obgleich ich Ihnen darin recht geben muß, daß Sie hier in Kopenhagen unerkannte Preise dafür verlangen. Wenn ich mich nur darauf verlassen kann, daß Sie auch wirklich meinen, was Sie sagen.“  
„Jungfer Larsen!“ rief Andersen mit Tränen in den Augen. „Sehe ich wirklich aus wie ein so echter, hinterlistiger Mensch?“  
„Nein, Andersen, nein, das tun Sie nicht!“ — und jetzt schloßen auch ihr Tränen in die Augen.  
„Glauben Sie, ich könnte irgendeinen Menschen und gar erst Sie, Jungfer Larsen, unglücklich machen? Oder trauen Sie mir jetzt, wo Sie Ihre Mutter verloren haben, schlechte Streiche zu?“  
„Ach, Andersen —“  
„Schnell wusch sie ihre Hände an der Küchenschürze ab, warf die Arme um seinen Hals und begann zu schluchzen.“  
„Jungfer Larsen.“ stieß er hervor, „Sie dürfen nicht weinen — Sie haben doch mich.“  
„Werden Sie mich immer lieb haben, Andersen?“  
„Immer“ antwortete er. „Sind Sie böse, wenn ich Sie jetzt küsse?“  
„Nein, gewiß nicht.“ erwiderte sie.  
„Natürlich, dachten die beiden, sie seien allein; aber es sah dennoch jemand in der Nähe, der sie mit funkelnden Augen beobachtete. Das war Madame Grau, die sich auf dem Heimweg zu ihrer Wohnung befand, nachdem sie sich ungefähr eine Stunde mit der geräuchernten Wurst unterhalten hatte.“  
Sie steckte die Schnauze durch das Loch und piff so laut, daß man es durch die ganze Küche hörte:  
„Ueberlegen Sie sich, was Sie tun, Jungfer. Ich bin selbst verheiratet, fenne den Rummel. Es beginnt mit Burstbäuten und Köerinnen, endet aber mit zwölf Augen im Monat und mit einem trockenen Stück Holz zur Nagen. Heiraten Sie niemals, ich warne Sie!“  
„Hören Sie nur, wie das Vieh pfeift!“ sagte Andersen.  
„Ja, Sie werden natürlich zu Ihren Günstigen,“ piff die Madame gekränkt und verständig.  
Als Andersen eine zeitlang in der unbequemen Stellung mit Marens Armen um seinen Hals dagestanden hatte, machte er sich vorichtig von ihr los, denn Maren war sehr frätzig, er aber mager.  
„Sie glauben nicht, wie froh ich bin,“ sagte er.  
„Ach auch,“ gestand sie lächelnd.  
„Es ist zu schrecklich, Jungfer, wenn man ganz allein auf der Welt, in einer fremden Stadt, lebt und keinen Menschen hat, der sich um einen kümmert, wenn man krank werden und sogar sterben kann, ohne daß es jemand nahe geht.“  
Wieder brachen Marens Tränen hervor.  
„So etwas dürfen Sie nicht lassen, Andersen.“  
Und sie warf sich aufs neue mit einer solchen Wucht an seine Brust, daß er hintenüber gegen die Küchenwand taumelte.  
„Meinen Sie nicht, Jungfer Larsen, wir sollten du und einander jagen?“ fragte er.  
„Das können wir freilich, Andersen.“  
„Dann sage ich — Maren!“  
„Und wie heißt du?“  
„Ganz — Ganz Peter Andersen.“ antwortete er sehr stolz.  
„Gerade so wie der große Märchendiener; nach dem bin ich genannt!“  
„So sind wir also richtig verlobt?“ fragte sie.  
„Das sind wir — das heißt — erst muß ich noch mit deinem Vater sprechen; aber er kann doch nichts dagegen haben? Nein, weißt du, er sagt sicher ja — ich bin doch ein anständiger Mensch in einer guten Stellung. Sobald alles in Ordnung ist, gehen wir ins Tirol; das ist viel gescheiter, als Blumen zu kaufen.“  
„Aber im Winter ist das Tirol so kalt.“  
„Dann gehen wir in das alpenländische Museum. Mein alter Meister war dort und tante, es sei sehr lehrreich.“  
„(Gortief und folgt.)“

Er  
petung  
beding  
sind, zu  
hierzu  
gibt  
tion  
Für di  
wenn i  
beding  
schieß  
de  
gabli  
beide  
A a  
schwe  
Hau  
zur  
u n  
Espe  
fa u  
gurt  
lung  
ung  
D  
Höllig  
predic  
Bater  
Un  
gu n  
Zeilun  
Korres  
drei V  
Antrag  
Auftrag  
fahr fi  
primar  
Antrag  
sachlich  
Der  
schen  
Reichs  
danken  
sind be  
Zunim  
eine v  
samme  
aus de  
welche  
bringen  
den let  
kriegs  
Erhöht  
die ba  
Antrag  
beninn  
legnun  
des B  
des ba  
wirtsch  
geräum  
weitaus  
nicht an  
Wirtsch  
verquid  
schädig  
Gebrau  
Zentral  
nun lo  
die W  
daß er  
nimmt,  
geschick

Badische Politik.

Reichsprovinzen?

Unter obigem Titel befaßt sich die „Badische Landeszeitung“ mit der Vereinheitlichung der Länder des deutschen Reiches...

Wir haben uns immer dagegen ausgesprochen, daß Baden in Württemberg einverleibt wird. Unter den zahlreichen Gesichtspunkten, die gegen die Vereinigung dieser beiden Länder sprechen...

Der Gedanke des unitarischen Reiches marschiert wie ein Riesenschiff über die Welt. Möge die Reichsregierung durch entsprechendes Handeln diese Stimmung zum Wohle unseres Vaterlandes nicht ungenützt vorübergehen lassen.

Unter der Überschrift „Die Gefahr der Verpreuung“ veröffentlicht das Regierungsorgan, die „Karlsruher Zeitung“, in der Samstagnummer einen Leitartikel, den eine Korrespondenz als offiziös bezeichnet...

Eine merkwürdige Ministerrede.

Auf Donnerstagabend hatte die Karlsruher Ortsgruppe des Demokratischen Vereins einen öffentlichen Vortrag des badischen Außenministers Dietrich mit dem Thema „Die wirtschaftliche Zukunft Deutschlands“ angefaßt...

Theater, Kunst und Wissenschaft.

Badisches Landestheater.

Die Aufführung der „Entführung aus dem Serail“ am letzten Donnerstagabend stand vor allem unter dem Zeichen des Osmis von Wolfgang von Schwind. Mozart hat die besten Themen von Welt...

Am folgenden Abend wurde Hermann Roehrs Jugendlich-lebhaftes und geistvoll-frisches Werk „Meister Guido“ wieder aufgeführt. Hans Bussard hat hier als Regisseur ein Meisterstück geliefert...

von einem prominenten Politiker wohl fordern darf, daß er ein Prinzip, das bis hierher als erzieherisch erwies, erst dann beiseite legt, wenn er eine neue Wirtschaftsgrundlage nach allen Seiten ausgereift hat...

Der Minister wies kurz hin auf die Schwierigkeiten, in die die Rentner, Pensionempfänger durch die Weltmarktpreise lämen, er meinte, daß die Löhne der Arbeiter und Beamten „entsprechend“ aufgeschüttelt wurden...

Den Grund unserer schlechten Voluta suchte der Redner unter Hinweis auf Autoritäten in der schlechten Handels- und Zahlungsbilanz, in der fortgesetzten Herstellung von Papiergeld und im mangelnden Vertrauen des Auslandes zu unserer staatlichen und wirtschaftlichen Gesundheit...

Eine Regierungserklärung zur Besoldungsfrage der Beamten in Baden. Wie bekannt, ist dem Reichstag ein Gesekentwurf vorgelegt worden über die einheitliche Regelung der Besoldungsfrage im Reich und in den Ländern...

Die Bauarbeiten für 1920. Neben die vom Reich und Staat für Bewältigung von Bauausfällen bereitgestellten Mittel ist vom Reichsministerium noch vollständig verfügt worden...

Zur Organisation der badischen Eisenbahnen. In einem Artikel zur Eisenbahnreorganisation weist Oberbahninspektor Alfons Bäumel in der „Karlsruher Zeitung“ darauf hin, daß Baden als einzige aller deutschen Eisenbahnverwaltungen noch die strenge und unorganisierte Trennung zwischen Technik und Administration habe...

Das Wintermärchen „Der Jauerdiamant“ von Erich Kästler läßt auch weiterhin seine Zugkraft aus. Wie wir erfahren, ist die von Günther Wohde verfaßte Musik vom Orchester in der vorigen Woche abgelehnt worden...

Ein Wettbewerb für unbekanntes Dicht. Der Verlag der „Schriftsteller-Zeitung“ in Weimar will einen Roman, ein Bühnenwerk, eine Sammlung Erzählungen und einen Band Gedichte solcher Verfasser veröffentlichen...

Badische Blätter für Kunst und Literatur. In Mannheim hat eine Vereinigung von Kunstfreunden eine Genossenschaft m. b. H. zur Herausgabe „Die badischen Blätter für Kunst und Literatur“ gegründet...

Soziale Rundschau.

Trotzender Instand am Nationaltheater in Mannheim. Das Personal des Nationaltheaters hat an den Stadtrat des Badens das Verlangen gerichtet, auf sofortige ungekürzte Auszahlung der Zulage, wie sie allen Stadt-Beamten gemährt wurde...

Tarifvertrag im Siegelgewerbe. Der zwischen dem Verband badischer Siegelbezieher, dem Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands, Bau 12 und 13, und dem Zentralverband christlicher Fabrik- und Transportarbeiter Deutschlands...

Kerste und Krankenkassen. Vor wenigen Tagen fand in Offenburg eine stark besuchte Hauptversammlung der örtlichen Landeszentrale für Baden statt, die sich in der Hauptsache mit dem Abschluß von Krankenversicherungsverträgen befaßte...

Gewerkschaftliches.

Eine neue Quertreiber-Organisation. Der deutsche Werksmeisterverband, der vor dem Krieg in seiner Tätigkeit stark schwankte, und oft im Lager der Angestellten-Demoskriete zu finden war, hat nach der Revolution sich mit erneuelter Entschiedenheit auf rein gewerkschaftlicher Grundlage gestellt...

Jugend und Sport.

Arbeiterport und Körperkultur.

Ein von Partei und Gewerkschaften trotz ihres großen Anwachstums arg vernachlässigtes Gebiet ist das des Arbeiterports und der Körperkultur. Die Verschönerung der Arbeiterferie durch Mitwirkung von Arbeiterportvereinen ist allgemein anerkannt...

Deshalb, Parteigenossen und Gewerkschaftler, unterstützt und fere gemeinnützigen Bestrebungen! Nähere Auskünfte erteilt Gen. Franz Schreiber vom Verband „Vollstetigkeit“, Gau Südbw., St. Ludwigshafen a. Rh., Lenbachstr. 35.

2. Weihnachtsfeier der Freien Turnerschaft Hagsfeld. Einen schönen Verlauf nahm die Weihnachtsfeier der Hagsfelder Freien Turnerschaft am Sonntag, 14. Dez., die erste Weihnachtsfeier nach fünf für die Arbeiterschaft schweren Kriegsjahren...

Gemeindepolitik.

1. Gohsheim, 14. Dez. In der letzten Mitgliederversammlung des sozialdem. Vereins wurde lebhaft Klage geführt über die jetzigen Verhältnisse in der Lebensmittelversorgung...

Gengenbach, 18. Dez. Nachdem das Brot aufgeschlagen hatte, war es etwas besser geworden; es neigt aber nun schon wieder der früheren grauen Farbe zu. Der Grund mag wohl sein, daß das Weizenmehl auf Weihnachten zu „anderen Zwecken“ gebraucht wird...

Vertical text on the left margin, partially cut off.

Vertical text on the right margin, partially cut off.

Aus dem Lande.

Wengenbach, 17. Dez. Das Gewerkschaftsamt hat in seiner letzten Versammlung beschlossen, die Weihnachtsfeier am 28. Dezember, abends 7 Uhr, im „Rosen“-Saale abzuhalten. Den unterhaltenden Teil hat der Gesangverein Freie-Sänger übernommen. Das Programm ist reichhaltig und verspricht den Festteilnehmern einige frohe Stunden. Alle Gewerkschaftsmitglieder sowie Partei- und Sangesgenossen sind mit ihren Familienangehörigen freundlich eingeladen. — Der Frauenverein veranstaltete gestern in der Turnhalle eine gediegene Weihnachtsfeier für die Kinder und Angehörigen unterer Gefangenen. Die Förlinge des Vorseminars sorgten durch Musik und Gesang für angenehme Unterhaltung. Die Familien der Gefangenen, der Gefallenen und sonstiger bedürftiger Kriegsteilnehmer wurden durch eine praktische und nützliche Weihnachtsbesuche erfreut.

Aus der Stadt.

Verfunken und vergessen...

Stabelllauf mit Schaugebränge, Kaiserpfech und Schmedderendenge, Panzerfaust gen Engelland: Dreizahl muß in unfre Hand! Und der „Admiral des Westens“ Grüßte den des Ostens bestens, Vivere non necesse est, Dieses war das Allerbest. Deutschlands Zukunft auf dem Wasser! Sprach der Völkerverdrossener, Prahlhans, der nie höher schwor, Als auf das Kanonenschör.

Hochseeflotte ward zum Svotte Aller Welt zur Tiefseeflotte, In der Scapa Flower Bucht Zenes Deutschlands Zukunft such! Ferdinand Madlinger.

Wettbewerb unter Karlsruher Architekten.

Die Stadtgemeinde hat über die Gestaltung der nachstehend aufgeführten Plätze der Stadt unter den in Karlsruhe ansässigen selbständigen Architekten einen engeren Wettbewerb veranstaltet. Im ganzen sind 47 Arbeiten eingelaufen. Das Preisgericht, das am 17. d. M. zusammentrat, erteilte die nachstehenden Preise:

- a) Platz am Durlachertor: 1. Preis: Wilhelm Peter und Fritz Nöhler; 2. Preis: Wilhelm Peter und Fritz Nöhler; 3. Preis: Rudolf Messing; 4. Preis: G. Eckardt unter Mitarbeit von Richard Fuchs. b) Platz bei der Kreuzung der Krieg- und Dorfstraße: 1. Preis: Prof. Neumeister; 2. Preis: Th. Kemmermann; 3. Preis: Emil Reines. c) Platz an der Lamed- und Donzellstraße: 1. Preis: W. Langstein; 2. Preis: Wilhelm Mund; 3. Preis: Rudolf Messing. d) Platz bei der Kreuzung der York- und Weinbrennerstraße: 1. Preis: W. Langstein; 2. Preis: Eisler und Kommeranck; 3. Preis: Gustav Nebel.

Die Entwürfe sind in der Zeit von Montag, den 22. Dezember bis einschließlich Sonntag, den 28. Dezember 1919, jeweils von vormittags 10 Uhr bis nachmittags 3 Uhr, in der Gartenstraße-Schule, Eingang in der Gartenstraße, 1. Obergesch. Zimmer 15, zur Besichtigung öffentlich ausgestellt.

Bezirksversammlung der Alt- und Oststadt. Am Mittwoch fanden sich die Parteigenossen der Alt- und Oststadt in der Krone zusammen, um ein Referat des Genossen Redakteur Schöpslin über „Die politische Situation“ entgegenzunehmen. In sehr anregender Weise schilderte der Referent die derzeitige Lage in ihrer inner- und außerpolitischen Auswirkung, die Ausbeutung der Not des Volkes zu politischen Zwecken seitens der Reaktion und deren strapelosen Kampf gegen Demokratie und Sozialismus, um anschließend hieran den kommenden Wahlkampf einer vorausschauenden Betrachtung zu unterziehen und die Parteigenossen zu reger Betätigung für die kommende Zeit anzuweisen. An das mit Beifall aufgenommene Referat schloß sich eine kurze Diskussion an, wobei die im Referat zum Ausdruck gekommene Anschauung im Wesentlichen unterstrichen und ebenfalls die Notwendigkeit erhöhter politischer und agitatorischer Regsamkeit der Parteigenossen in und außer den Betrieben zur organisatorischen Stärkung der Partei betont wurde. Mit einer diesbezüglichen Aufforderung an die Anwesenden, sich der Partei für die kommenden Wochen und Monate zur Verfügung zu stellen wenn der Ruf hierzu ertönt, konnte Genosse Schöpslin die gutbesuchte Versammlung schließen.

Gegen den Alkohol. Am Freitag abend sprach im Rathsaal Frau Dr. Frau Baum über „Brennen, Brauen und Ernährung“. Die Versammlung war gut besucht, besonders auch von Brauereiarbeitern. Die Referentin führte aus, daß Schlumpheit, Erschöpftheit und Energielosigkeit die Signatur un-

terer heutigen Stimmung seien. Eine Kommission von Ärzten der Entente habe festgestellt, daß in Deutschland täglich etwa 800 Menschen an Erschöpfung und Unterernährung sterben, daß die Kindersterblichkeit ganz enorm ist und die Tuberkulose geradezu unheimlich um sich greift. Nebenher streifte sodann die Entwicklung Deutschlands vom Agrar- zum Industriestaat, sowie die von den Feinden über uns verhängte Blockade. Heute stehen wir vor der Forderung: Kein Nahrungsbetrieb darf mehr zu etwas anderem verwendet werden als zur menschlichen Ernährung, keine einzige Kartoffel darf mehr zur Schnapsbereitung verwendet und der menschlichen Ernährung abzugeben werden. Brauereien und Brennereien sind nicht lebenswichtig. Die Alkoholbetriebe müssen umgestaltet werden. Soweit die Arbeiter in diesen Betrieben nicht unterkommen können, müssen sie selbstverständlich in weitgehendem Maße entschädigt werden, wie dies auch bei den Tabakarbeitern und anderen geschah. Unsere Jugend muß zur Selbstdisziplin erzogen werden und wissen, daß es auch geht ohne Trinken und Betrinken, eine großzügige Bodenreform muß einsehen und wir müssen für Nahrung sorgen.

In der Diskussion sprach zunächst Herr Ministerialdirektor Dr. Fuchs, der betonte, daß gerade unter den Brauern die größte Sterblichkeit herrsche und daß der im Interesse der Arbeiter Alkoholgegner geworden sei. Dann sprach u. a. Gen. Hilz von den Brauereiarbeitern, der in ruhiger Form ausführte, daß es falsch sei, wenn man glaubt, die Ernährung des deutschen Volkes würde leiden, wenn weiter gebrannt werde. Das Quantum Gerste, das zum Brauen Verwendung findet, sei so gering, daß bei einem Brauerbrot nur 2/3 Pfund Gerste im Jahr auf den Kopf der deutschen Bevölkerung heraussomme. Die zum Brauen verwendete Gerste wird aber nicht der menschlichen Ernährung entzogen, indem die bei der Brauerei anfallenden Rückstände ein mildtreibendes Futtermittel für Rüge bilden. Gen. Dr. Kahn, der als Arzt und Sozialist die Frage beleuchten wollte, wurde mit Geheiß und Tumult empfangen, und fortwährend unterbrochen, jedoch seine Ausführungen nicht gehört wurden. Die Brauer vertieften, während Dr. Kahn sprach, geschlossen den Saal. Ein Schlusswort von Frau Dr. Baum beendete diese interessante verlaufene Versammlung.

Tarifvertrag im Handelsgewerbe. Der Arbeitgeberverband der Industrie des Handelsammerbezirks Karlsruhe, das Ortsamt der freien Angestelltenverbände, die Arbeitsgemeinschaft der Kaufmännischen Verbände und die Arbeitsgemeinschaft der kaufmännischen Vereine für weibliche Angestellte in Karlsruhe haben beantragt, den zwischen ihnen am 20. Mai 1919 abgeschlossenen Tarifvertrag nebst den Veränderungen vom 29. Oktober 1919 zur Regelung der Gehalts- und Anstellungsverhältnissen für die kaufmännischen und technischen Angestellten in der Industrie gemäß Paragraph 2 der Verordnung vom 28. Dezember 1918 (Reichs-Gesetzbl. S. 1456) für das Gebiet der Amtsbezirke Karlsruhe, Durlach und Ettlingen für allgemein verbindlich zu erklären. Einwendungen gegen diesen Antrag können bis zum 25. Dezember 1919 erhoben werden und sind unter Nummer A. B. M. 6158 an das Reichsarbeitsministerium, Berlin, Luisenpark 33, zu richten.

Verbindlichkeitsklärung des Tarifvertrages im Friseurgewerbe. Der zwischen dem Friseurhilfsverband Deutschlands, Zweigverein Karlsruhe, und dem Landesverband der Friseure und Perückenmacher Badens in Karlsruhe am 28. April l. J. abgeschlossene Tarifvertrag zur Regelung der Arbeitszeit im Friseur- und Perückenmachergewerbe wird gemäß § 2 der Verordnung vom 28. Dezember 1918 für das ganze Gebiet des Reichs allgemein verbindlich erklärt. Die allgemeine Verbindlichkeitsklärung beginnt mit dem 15. Dezember 1919.

Karlsruher Volkshäuser. Der früher in Freiburg tätige Theaterdirektor G. u. w. Wald, der vor einigen Jahren auch hier die Sommeroperette leitete, hat dem Stadtrat vorgeschlagen mit Hilfe verschiedener Vereine und Verbände eine „Karlsruher Volkshäuser“ zu gründen, die in der Hauptsache moderne Operetten aufzuführen sollte. Der Stadtrat aber, wie auch die Verbände haben abgelehnt.

Abgefaßte Goldstücke. Einen guten Haug machte die vierfache Kriminalpolizei am Hauptbahnhof. Mit dem Berliner Schnellzug kamen drei Herren und eine Dame hier an, die sich schon während der Fahrt und nachher im Wartesaal verdinglich machten. Die Kriminalpolizei nahm alle vier fest und fand bei der Durchsüchtung ihres Gepäcks 1 1/2 Pfund Goldbarren 28 Pfund Silber und eine Platte Platin im Gesamtwert von über einer halben Million Mark.

Ein neues Kino größeren Stiles wird dieser Tage hier im Hause Kaiserstraße Nr. 211 eröffnet, das den Namen „Union-Theater“ führen wird. Es soll, wie man hört, ein modernes Großstadt-Kino mit reicher Ausstattung geben, wo bei den Vorstellungen ein Künstler-Orchester spielt. Morgen Dienstag abend findet die Eröffnungsvorstellung vor geladenem Publikum statt.

Fahrplan der Stadt-Strassenbahn. Auf den im Informaten- teil der heutigen Nummer veröffentlichten Fahrplan der Stadt- Strassenbahn sei auch an dieser Stelle hingewiesen.

Aushebung einer Spielhölle. Am Samstag den 20. ds. Mts. wurde in einem Kaffee am Rondellplatz von der Kriminalpolizei eine Spielhölle ausgehoben.

Gegen Schwarzschlachtung eines 3 Monate alten Kalbes gelangte ein im Stadtteil Beierheim wohnhafter Landwirt zur Anzeige.

Verhaftet wurden 5 Männer aus Biorzheim und eine Frau aus Reanfurt wegen Abhandels. Bei der Festnahme konnte den betreffenden Gold, Silber, Platin und auch Goldstücke im Werte von über 200 000 M abgenommen werden.

Diebstähle ohne Ende. Gestohlen wurde in der Nacht zum 20. ds. Mts. in Wörth ein 2 Jahre altes Kind von rotgelber Farbe, welches im Wannwald von 2 bis jetzt noch unbefundenen Personen abgehohlet wurde; die Täter liegen die Eingeweide und einen Estrich zurück. — Ferner wurde vom 12. bis 15. ds. Mts.

aus einem Lagerplatz in der Gerwigstraße 6 Nadeln aus Metall und in der Nacht zum 20. d. Mts. aus einem Hause in der Gerwigstraße 2 Dreibriemen von zusammen 12 Meter Länge und 10 und 8 Zentimeter Breite und in der Nacht zum 21. ds. Mts. wurden aus einem Ausgelassen in der Kaiserstraße 12 Herren- und Damenstirme und 8 verschiedenfarbige Damenblusen gestohlen. Außerdem wurden am 20. ds. Mts. aus einem Zimmer in einer Wirtshaus in Beierheim 1 Stück weißer Ta- maß-Bettbezug, Stoffe für 4 Leintücher, 4 weiße Kopf- kissenbezüge mit blauen Blumen gestickt, 1 silberne Damenuhr, 1 Armband aus einem Granatring gefertigt, 1 Pinaxettenreiß aus Saffianleder, ferner 2 neuere Zephyr-Sonnenhemden weiß, blau und schwarzweiß gestreift, 1 goldener Verlobungsring, 1 goldener Ring mit schwarzem Stein und ein Paar goldene Manschetten- knöpfe dreifarbig. Ferner wurden in den letzten Tagen folgende Fahrräder gestohlen: 1 Fahrrad Marke Grubner Nr. 251 200, ein Fahrrad Marke Dürkopp und ein gebrauchtes Fahrrad auf dessen Gummibereifung die Firma Michelin steht.

Rekte Nachrichten.

Massenprotest gegen das Betriebsrätegesetz. Berlin, 22. Dez. Gestern fand in Essen eine vom Kartell der freien Gewerkschaften veranstaltete Massenun- gebung gegen das Betriebsrätegesetz in seiner jetzigen Fassung statt. An der Kundgebung beteiligten sich besonders Unabhän- gige und Kommunisten, die die Abschaffung des Wahlalters teilweise bis auf 14 Jahre und das Alleinbestimmungsrecht der Betriebsräte forderten.

Sinrichtungen in Ungarn.

Budapest, 21. Dez. Die 14 zum Tode verurteilten Ter- roristen sind im Hofe des Militärgefängnisses auf dem Margarethenring hingerichtet worden.

Kein Streikrecht der Eisenbahner.

Amsterdam, 22. Dez. Dem „Telegraaf“ zufolge hat der amerikanische Senat mit 45 gegen 26 Stimmen die Gesetzesvor- lage angenommen, die den Eisenbahnern das Recht zum Strei- ken nimmt.

Drei neue deutsche Noten.

Paris, 22. Dez. Die deutsche Kommission der Friedenskon- ferenz hat drei Noten überreicht. Die erste behandelt die Be- dingungen für die Truppentransporte nach dem Inkrafttreten des Friedensvertrages, die zweite behandelt die Fragen, die zu Beginn der gegenwärtigen Verhandlungen zwischen den Schiff- fahrtssachverständigen aufgeworfen wurden und macht genaue Angaben hinsichtlich der deutschen Leichten Kreuzer. Die dritte Note sagt, daß die deutsche Nationalversammlung das von den Deutschen unterzeichnete Protokoll über die Unterdrückung des Artikels 61 der Reichsverfassung über die Vereinigung Deutsch- Oesterreichs mit Deutschland ihrerseits genehmigt hat.

Die Entente und die Auslieferungfrage.

Paris, 22. Dez. Marcel Suttin macht folgende Mitteilung, die er von besonders autoritativer Stelle erhalten haben will. Die vom Obersten Kriegsrat ernannte interalli- terte Kommission zur Aufstellung des Verzeichnisses der als schuldig bezeichneten Deutschen und zur Bestimmung des Vor- gehens und der Sühnen der gemischten Gerichte, wie sie im Verträge vorgesehen sind, hielt drei Sitzungen ab. Die Vorbe- ratungen für die Einleitung des gerichtlichen Verfahrens sind heute sehr vorangeschritten, da der Präsident der Kommission sich mit den Persönlichkeiten ins Einvernehmen gesetzt hat. Mehr als 500 anderlesene deutsche Namen, darunter in der Mehrzahl militärische Personen, ein Sohn Wilhelm II., Kronprinz Rupprecht von Bayern und eine Reihe von Armeekommandeuren stehen auf dem Verzeichnisse. Ingesamt werden von allen Ver- urteilten zusammen der deutschen Regierung 1500 Mann mit- geteilt werden. Die Stellung Wilhelm II. wird außerhalb der Londoner Konferenz geregelt werden, da er durch einen beson- deren Artikel des Vertrages in den Anklagezustand versetzt wird. Die des Vergehens von Personen verschiedener Nationalitäten angeklagten Deutschen werden durch ein gemischtes Gericht ab- geurteilt werden. Eine Anzahl von Kommandanten der Kriegs- gefangenenerlager in Deutschland, die unsere Gefangenen gefäh- ligen Scheregeien aussetzten, sollen ebenfalls zur Verantwortung gezogen werden. Die Verhandlungen sollen in einem Militär- gericht in Paris im Laufe des Jahres 1920 stattfinden.

Wassersund des Rheins.

Schifferzettel 126, gef. 12; Refl 216, gef. 4; Magau 401, gef. 3, Mannheim 303, gef. 11 Zentimeter.

Verantwortlich: Für Leitartikel, Deutsche Politik, Ausland, Aus der Stadt und Rekte Nachrichten Herrmann Adel; für Pa- triotische Politik Aus der Partei, Kommunales, Soziales und Feuille- ton Herrmann Winter; für den Anzeigenteil Gustav Krüger sämtlich in Karlsruhe, Luisenstraße 24.

Unsere Filialinhaber,

welche den „Volkfreund“ durch die Post überwiefen er- halten, wollen die für Januar benötigte Bezugszahl 1 r ä t e n s bis zum Samstag, den 27. ds. Mts., uns mitteilen, sonst kann die Zustellung bis zum 1. Januar nicht rechtzeitig erfolgen. Verlag des „Volkfreund“.

Advertisement for Fritz Müller musical instruments. Includes an image of a violin and text: Violinen, Cellos, Gitarren, Lauten, Mandolinen etc., Mund- u. Zieh-Harmonikas, echte Wiener etc. in prima Ausführung. Fritz Müller, Musikalienhandlung, Musik-Instrumente, Kaiserstr., Ecke Waldstr.

Advertisement for Franz Dornheim Christmas gifts. Text: Als vornehmes Weihnachtsgeschenk empfehle: Schirme, Stöcke, Pfeifen. Reiche Auswahl. Billige Preise. Streng reelle Bedienung. Werkstätte für Schirm-, Stock- und Pfeifen-Reparaturen. Franz Dornheim, Drechslermeister, 8863, Schützenstrasse 38, gegenüber d. Schule.

Advertisement for Baden State Lottery. Text: Bekanntmachung. Die Preussisch-Süddeutsche Klassenlotterie betreffend. Die Ziehung der 1. Klasse der 15. Preussisch-Süddeutschen (21. Preussischen) Klassenlotterie wird nach planmäßiger Bestimmung am 13. und 14. Januar 1920 stattfinden. Die Lose dieser Lotterie werden von den zu- ständigen Badischen Lottereeinnehmern ausgegeben. Karlsruhe, den 19. Dezember 1919. Landeshauptkassie 8981 als Landesbehörde für die staatliche Klassenlotterie. Badisches Landestheater. Montag, den 22. Dezember 1919. Volksvorstellung. 8977 Gas. Schauspiel in fünf Akten von Georg Kaiser. Anfang 7 Uhr. Ende nach 9 1/2 Uhr.

Advertisement for Daniels Konfektionshaus. Text: Daniels Konfektionshaus, Wilhelmstr. 34, 1 Tr. Günstiges Angebot! Winterpaletots von M 55.00 an, schw. Frauenmäntel M 75.00, Plüschmäntel M 240.00 an, Jackenkleider von M 78.00 an, Sportjacken reine Wolle, M 75.00 an, Warme Sportblusen von M 30.00 an, Kostümröcke von M 24.00 an, Kindermäntel von M 45.00 an, Kinderkleider von M 13.00 an. - Keine Ladenspesen. -



